

Pressemitteilung

Nr.: 682/2021

Potsdam, 8. Dezember 2021

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

Pressesprecher: Gabriel Hesse

Telefon: +49 331 866-5040

Mobil: +49 170 45 38 688

Internet: <https://msgiv.brandenburg.de>

Twitter: https://twitter.com/MSGIV_BB

Mail: presse@msgiv.brandenburg.de

Ministerin Nonnemacher ehrt erste Frauenbeauftragte für Behinderte im Land Brandenburg

Frauenministerin Ursula Nonnemacher gratulierte heute Frauen mit und ohne Behinderung, die erfolgreich ihre Ausbildung zur Frauenbeauftragten oder deren Unterstützerin in Werk- und Wohnstätten der Eingliederungshilfe in Brandenburg absolviert haben. Gemeinsam mit Landesgleichstellungsbeauftragter Manuela Dörnenburg und Landesbehindertenbeauftragter Janny Armbruster übergab sie in feierlichem Rahmen in der Staatskanzlei die Abschlussurkunden.

Ursula Nonnemacher: „Studien zur strukturellen Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen zeichnen ein düsteres Bild für Deutschland. Wir wissen, dass Frauen und Mädchen mit Behinderung in hohem Maß Gewalt erleben. Sie werden nicht nur aufgrund ihrer Beeinträchtigungen sondern auch aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt. Ich bin froh, dass wir mit unseren Frauenbeauftragten ein starkes Zeichen dagegen setzen.“

Manuela Dörnenburg: „Durch die Frauenbeauftragten in Werkstätten und Wohneinrichtungen werden die Mitspracherechte der Frauen mit Behinderungen gestärkt, zudem setzen sie sich aktiv für deren Interessen ein. Sie sind nicht nur Ansprechpartnerinnen für die Frauen in den Werkstätten und Einrichtungen, sondern setzen sich ebenso für die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für den Schutz vor Belästigung und Gewalt ein.“

Janny Armbruster: „Die Ausbildung der ersten Frauenbeauftragten und ihrer Unterstützerinnen im Land Brandenburg ist ein wichtiger Schritt bei der Umsetzung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes des Landes. Frauen mit Behinderungen sind besonders verletzlich, ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit den neuen Beauftragten Frauen mit Behinderungen stärken. Die Fortführung des Projekts auch im Jahr 2022 wird durch Projektmittel der Landesbehindertenbeauftragten abgesichert.“

Anja Rathenow, Frauenbeauftragte Wünsdorfer Werkstätten/Ludwigsfelde: „Es geht um uns Frauen in den Werkstätten und Wohneinrichtungen. Es geht um unsere Rechte. Wir Frauenbeauftragten hören zu, egal ob es um große oder kleine

Probleme geht, wir nehmen die Bewohnerinnen ernst und machen uns für sie stark. Unseren Auftrag nehmen wir sehr ernst!“

Geschult wurden die Beauftragten und ihre Unterstützerinnen von Ausbilderinnen in der Caritas-Werkstatt St. Johannesberg in Oranienburg und im Haus St. Norbert vom Deutschen Orden in Michendorf. In den letzten drei Jahren haben 65 Frauen erfolgreich ihre Ausbildung zur Frauenbeauftragten bzw. deren Unterstützerin absolviert. Für den Zeitraum 2018 bis 2020 wurden insgesamt knapp 88.000 Euro für drei Schulungsreihen aus Mitteln des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes 2.0 des MSGIV gefördert. Für das Jahr 2021 wurden bisher 22.630 Euro bewilligt.

Die Studie **„Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Behinderungen in Deutschland“** (2014) zeigt, dass Frauen mit Lernschwierigkeiten in Einrichtungen der Behindertenhilfe sehr häufig strukturelle Gewalt erfahren und mindestens 25% der Betroffenen auch bereits Opfer sexualisierter Gewalt wurden. Dabei gehen die Forscherinnen von einem großen Dunkelfeld aus. Zudem stellt die Studie eindeutig fest, dass Frauen und Mädchen mit Behinderung bislang unzureichend vor Gewalt geschützt sind und entsprechend niedrigschwellige, zielgruppenspezifische Angebote bereitgestellt werden müssen. Darüber hinaus zeigen sich auch in Einrichtungen der Behindertenhilfe geschlechtsspezifische Unterschiede und daraus resultierenden Problemlagen. So arbeiten Frauen in Werkstätten beispielsweise oft in frauenstereotypen Bereichen mit geringeren Entlohnungsmöglichkeiten. Die Erkenntnisse sind nach wie vor aktuell.

Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen ist ein Menschenrechtsthema. Das Land Brandenburg wird sich auch weiterhin bei diesem Thema engagieren.